



**Bürgerbewegung pro Köln e.V.
in der Vertretung des Stadtbezirkes Nippes**

pro Köln – Neußer Straße 450 – 50733 Köln

gleichlautend:

Herrn Bezirksbürgermeister
Bernd Schöbler

Herrn Oberbürgermeister
Fritz Schramma

Manfred Rouhs

Telefon: 0221 / 221 - 9 15 12
Telefax: 0221 / 221 - 9 15 15

Eingang beim Bezirksbürgermeister: 21.08.2008

AN/1673/2008

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Bezirksvertretung 5 (Nippes)	04.09.2008

Fortsetzung des wirtschaftlichen Konsolidierungskurses der Stadt Köln

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schramma,
sehr geehrter Herr Bezirksbürgermeister Schöbler,

pro Köln bittet Sie, den folgenden Antrag in die Tagesordnung der nächsten Sitzung der Bezirksvertretung Nippes aufzunehmen:

Die Bezirksvertretung Nippes fordert den Oberbürgermeister und den Rat der Stadt Köln auf, zum Kurs der Konsolidierung der städtischen Finanzen zurückzukehren. Der Brief des Regierungspräsidenten vom 4. August 2008 zum Doppelhaushalt 2008/2009 sollte im Rathaus als Mahnung verstanden werden. Die Bezirksvertretung Nippes kann insbesondere keinen zwingenden Bedarf an der Einstellung von mehr als 1.000 weiteren städtischen Bediensteten in den kommenden Jahren erkennen.

Begründung:

Der Regierungspräsident hat sich im Rahmen einer „Sachverhaltswürdigung“ zum Kölner Doppelhaushalt 2008/2009 und der Rahmenplanung für die Folgejahre geäußert. Kern der Planung ist der Verzehr einer fiktiven Ausgleichsrücklage, die keineswegs bar vorhanden ist, sondern über Kredite flüssig gemacht wird. Die Kämmerei hat für Straßen, Plätze und Grünanlagen der Stadt angemessen hohe (theoretische) Werte in die Eröffnungsbilanz eingestellt. Daß sich diese Passiv-Posten nicht zu Geld machen lassen – es sei denn, die Stadt wolle ihr Straßennetz z.B. an Finanzinvestoren verkaufen, die dann vom Bürger Maut kassieren, was jedenfalls derzeit rechtlich nicht möglich wäre – stört die Rechenkünstler in der Stadtkämmerei nicht. Der Regierungspräsident quittiert dieses Vorgehen mit einer schallenden Ohrfeige für Oberbürgermeister Fritz Schramma und Stadtkämmerer Peter Michael Soénius. Er führt in einem vom 4. August 2008 datierenden Schreiben an Schramma aus:

„Die Entwicklung des Fehlbetrages ab 2009 dokumentiert (...), daß die Stadt Köln den bis dato erfolgsversprechenden Konsolidierungskurs schon wieder aufgegeben hat. Dabei wäre es dringend notwendig gewesen, die günstige Entwicklung auf der Einnahmenseite zu nutzen, um eine nachhaltige strukturelle Konsolidierung der städtischen Finanzwirtschaft zu bewirken. Die Stadt schiebt schließlich einen gigantischen Schuldenberg vor sich her, der zu enormen jährlichen Zinsbelastungen führt und dessen Rückbau zu den nachhaltigsten finanzpolitischen Aufgaben gehört. Diese Chance läßt die vorliegende Haushaltssatzung ungenutzt verstreichen. Es drängt sich vielmehr der Eindruck auf, daß die Beschlußfassung weitgehend in dem Konsens erfolgte, die Gelegenheit dazu zu nutzen, im Vorfeld der Kommunalwahlen noch einmal die spendable Seite zu präsentieren.“

Wohlgemerkt: Es handelt sich nicht etwa um einen privaten Brief des Herrn Lindlar an den Kommunalpolitiker Schramma, sondern um die offizielle Rückäußerung des Regierungspräsidenten zum Haushaltsplan der Stadt Köln. Dabei sticht allerdings eine im Rat in dieser Deutlichkeit nur von der Fraktion pro Köln öffentlich angeprangerte Schiefelage hervor. So stellt die Stadt innerhalb kürzester Zeit mehr als 1.000 neue Bedienstete ein, ohne irgendeinen Service für die Bürger spürbar zu verbessern. Damit werden offenbar Bedürfnisse befriedigt, die nicht allen Kölnern ganz unmittelbar zugute kommen. Der Regierungspräsident fordert folgerichtig den Kölner Oberbürgermeister dazu auf, „mich über die unter besonderem Prüfungsvorbehalt gestellten Entscheidungen zur Ausführung des Stellenplans 2009 zeitnah und mit stellenscharfer Begründung zu informieren“. Das klingt nicht nur wie eine Mißtrauenserklärung, es ist auch eine. Der „besondere Prüfungsvorbehalt“ des Regierungspräsidenten bestätigt die massive Kritik der Fraktion pro Köln an der Einstellungswut der Kölner Beamtenschaft, die die Gunst der Stunde, die sich äußert in der – wahrscheinlich zeitlich befristeten – Möglichkeit, neue Schulden zu machen, nutzt, um sich ein personelles Polster zuzulegen.

Die Bezirksvertretung Nippes hat ein starkes eigenes Interesse daran, sich kritisch zu derartigen Hamsterstrategien zu äußern. Denn falls die Folgeplanung zum Doppelhaushalt 2008/2009 umgesetzt wird, ist es nur eine Frage der Zeit, wann der Stadt Köln der Nothaushalt droht – und dann wird auch für die Stadtbezirke (noch) weniger Geld vorhanden sein.

gez. Rouhs